

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. —
Beratungswort Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) August Müller, Magdeburg. Berlin von
Bernhard Harbaum, Magdeburg-Krakau. Druck von Franz Bethe, Magdeburg. Geschäftsstelle: Dreyerweg 127.
Redaktion: Dreyerweg 127 (Eingang Schreiberstraße). Fernsprech-Nr. 136.

Pränumerando jährlicher Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Beleglohn) 2 M. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Einzelband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 M., 2 Exempl. 2.90 M. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 M., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 erst. Beleglohn. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Injektionsgebühr die fünfgehaltene Beilage 15 Pf. Post-Zustellungskarte Nr. 7590.

Nr. 136.

Magdeburg, Dienstag, den 14. Juni 1898.

9. Jahrgang.

Weder ein Arbeiter, noch ein Handwerker, noch ein Unterbeamter darf nationalliberal wählen, will er sich nicht einer gräßlichen Verlebung seiner eigenen Interessen schuldig machen.

Die nationalliberale Partei ist die Partei des Großkapitalismus schlechthin. An Zahl der Millionäre wird sie von keiner Partei übertroffen. Damit ist sie aber auch am treffendsten illustriert und ihr wahres innerstes Wesen offenbart. **Ausbeutung, Herrschsucht** auf der einen, **Ausbeutung der Arbeitskraft und Entrechtung der Arbeiter** auf der anderen Seite, sind die hervorragendsten Eigenschaften und Bestrebungen der nationalliberalen Partei.

Eine Partei wie die nationalliberale, kann niemals eine arbeiterfreundliche Politik betreiben. Das ist ihrem innersten Wesen zuwider. Sie kann nicht aus ihrer Haut. Mag sie noch so oft und mit dem Brustton ehrlicher Ueberzeugung erklären, sie wolle nicht das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht antasten, sie sei für die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, sie wolle die freiheitliche Gestaltung des Vereins- und Versammlungsrechts, wir können all diesen Versicherungen Vertrauen nicht entgegen bringen.

Jedermann, der durch Arbeit, Beruf und Lebensstellung der arbeitenden Klasse — dem erwerbenden Volke angehört bzw. zugerechnet werden muß, kann nicht nationalliberal wählen.

Wer die agrarische Unverschämtheit der Lebensmittelverteuerung unter nationaler Beihilfe verhindern will, **muß sozialdemokratisch wählen.**

Wer die Verschlechterung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts verhindern will, wer eine demokratische Ausgestaltung des genannten Wahlrechts anstrebt, **der muß sozialdemokratisch wählen.**

Wer die Berufsvereine auf die geführte Basis gesetzlicher Anerkennung stellen will, wer Vereins- und Versammlungsfreiheit als Vorbedingung der **Ausübung** des allgemeinen, gleichen direkten und geheimen Wahlrechts für notwendig hält, **der muß sozialdemokratisch wählen.**

Wer die Wiederkehr eines Versuchs, Klassen und Volksstämme ausnahmegesetzlich zu behandeln, verhindern will, **der muß sozialdemokratisch wählen.**

Wer die allgemeine Wehrpflicht zu einer demokratischen Institution erheben und diese von dem Geist und den Kosten des modernen Militarismus befreien will, **der muß sozialdemokratisch wählen.**

Wer da will, daß die Einnahmen des Reichs auf der Grundlage einer steigenden Einkommensteuer basieren und das Volk von den als Kopfsteuer wirkenden indirekten Steuern befreit werde, **der muß sozialdemokratisch wählen.**

Wähler! Die Mehrzahl von Euch gehört dem erwerbenden, dem alle Werte schaffenden Volke an. Euer Entschluß steht fest. Es wäre schlimm bestellt, wäre dem nicht so.

Eins aber ist nötig, verfallt keiner in Siegesversessenheit und daraus abgeleiteter Lässigkeit, der ke keiner es geht ohne mich, fehle niemand an der Wahlurne. Es gilt nicht nur unserem Kandidaten, dem

Fischer Wilhelm Pfannkuch in Berlin

das Mandat für Magdeburg zu sichern, nein, die Mehrheit unserer Stimmen muß eine so imposante werden, daß Magdeburg unbestritten als eine Hochburg der Sozialdemokratie gelten kann.

Und nun mit der alten Parole „Vorwärts“ in den Kampf, durch den Kampf zum Sieg! —

„Pflingsten im Wahljahre 1898.“

Montag früh sind

Redakteur Müller

Zeitungsverleger Harbaum

Drucker Bethe

vor die Polizei geladen, um Auskunft über das Gedicht „Pflingsten im Wahljahre 1898“ zu geben.

Zu dem neuesten Prozeß bemerkt der Vorwärts:

Ein Gedicht, betitelt „Pflingsten im Wahljahre 1898!“ das die Volksstimme in ihrer Nummer vom 29. Mai veröffentlicht hat, soll angeblich auf jeden „echten“ Christen empörend und abscheulich gewirkt haben. Diese verkapulierte Anklage zeigt schon, daß das Gedicht eine Religionschmäherung oder dergleichen, kurz etwas, was die Gesamtheit der Christen in ihrem Empfinden in strafrechtlichem Sinne verletzen könnte, nicht enthält. Unserer Ansicht nach können sich aber gerade die echten Christen, nämlich diejenigen, die den Geboten des Gitters der christlichen Religion wirklich folgen, nicht verleßt fühlen, denn das Gedicht atmet die thatkräftigste Liebe zu den Armen und Unterdrückten, den Müssigen und Beladenen, die der Hauptinhalt der christlichen Lehre ist.

Der Vorwärts hat Recht. Es soll sich auch „nur“ um Verübung „groben Unfugs“ handeln.

Wir werden ja sehen! —

Wahnwort!

An die Reichs- und Staatsbeamten der Staats- und Verkehrsbetriebe.

Welche Partei sollt Ihr am Wahltage unterstützen?

Welches ist Eurer Partei, zu der Ihr alle nach Lage Eurer gesamten Verhältnisse gehört? Nur einen kurzen Blick wollen wir von Euerem engeren Interessenstandpunkt auf die bürgerlichen Parteien werfen.

Da sind

die Konservativen,

diese Partei für Volksbedrückung und Volksausbeutung durch indirekte Steuern und Zölle, und Schonung der großen Vermögen und für Volksentrechtung durch Wegnahme des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Das ist dieselbe Partei, die den mittleren und unteren Beamten als Stimmdiebstahl betrachtet und ihn nach dem insamen, charakterlosen Grundsatz: „Deß Herrn Brot ich esse, deß Lied singe ich“, den eigenen Zwecken dienstbar zu machen sucht. Diese Partei und ebenso

die Nationalliberalen

wachen mit Argusaugen darüber, daß der mittlere und untere Staatsbeamte sowohl hinsichtlich seiner Befoldung als der Höhe seines Arbeitspensums nicht günstiger gestellt ist, als die Industrie- und Landarbeiter. Das sind dieselben Staatsstücken, die Peter und Paul schreien, als vor nicht langer Zeit das Märchen laut wurde, auf der West zu Dazig solle der achtstündige Arbeitstag eingeführt werden. Da hatten diese Herren die Frechheit, von dieser Maßregel für die unteren Angestellten „unsittliche Wirkungen“ zu prophezeien. Das sind dieselben Parteien, die im preussischen Abgeordnetenhaus die Majorität haben, und die hier sowohl wie im Reichstage **auch garnichts** gethan haben, um auf die unteren Postbeamten und die Eisenbahn-Unterbeamten die sonst fast allen anderen Beamtenkategorien zugewendete **vorjährige Befoldungs-Aufbesserung** auszudehnen.

Aber hat es

das Centrum

viel besser gemacht? Zwar, im preussischen Abgeordnetenhaus hat es zuerst ganz prächtig gegen die Nichtberücksichtigung der Eisenbahn-Unterbeamten gedonnert. Aber dennoch bewilligte es schließlich die Aufbesserung der höheren Beamten und willigte in den Ausschluß der Unterbeamten. Und im Reichstage, wo es die Macht hat und den Ausschlag giebt, beschloß es wohl die Hineinziehung der Postassistenten, aber **es stimmte gegen den sozialdemokratischen Antrag**, der auch die elend bezahlten Unter-

beamten in die Befoldungsaufbesserung hineinbeziehen wollte. Für die 150 000 **Eisenbahn- und Post-Unterbeamten** hatte das Centrum nicht so viel Rückgrat, um den sozialdemokratischen Anträgen zuzustimmen. Hier versagte es und begnügte sich mit lahmen Resolutionen.

Und wie verhielt sich das Centrum, als in den Reichstagsitzungen vom 28. und 29. Januar 1897 von sozialdemokratischer Seite die Verfügungen zur Sprache gebracht wurden, welche die preussische und die Reichsbehörde erlassen hatten, um das Versammlungs- und Petitionsrecht der Beamten einzuschränken? Das Centrum verhielt sich mäusestill und stürzte und billigte durch sein feiges Verhalten die Entrechtung der Beamten.

Noch erbärmlicher betrug sich

der Freisinn

in dieser für die Beamten hochwichtigen Sache. Der freisinnige Abgeordnete Beckh hatte nichts weiter als die Worte, daß er sich nicht gerne in den betr. Streit mische! Und bei Beratung der Befoldungsvorlage in der Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses stimmte der Freisinn mit den Konservativen für die Aufbesserung der höheren und mittleren Beamten und **gegen die Berücksichtigung der Unterbeamten!** Ueberhaupt: alle diese Parteien einschließlich der

Antisemiten,

die dem kleinen Beamten alle Tage die so unsagbare Mär vorreden, der Jude sei an seiner elenden Lage schuld, nicht der Arbeitgeber Staat, bewahre — alle diese Parteien erweisen sich als völlig unfähig, auch nur die engeren Interessen der Beamten wahrzunehmen. Dadurch, daß diese Parteien die **vielen Millionen** für die Flottenvorlage bewilligten, haben sie die Gehaltsaufbesserung der Unterbeamten unmöglich gemacht. Aus ihrer schwächlichen, rückgratlosen Haltung schöpfen die Regierungen immer neuen Mut, gegen die Rechte der Beamten, gegen ihre Vereine, ihre Petitionen vorzugehen und mit den Gehaltserhöhungen hübsch langsam wie der Strahlwinkler Landsturm nachzugehen.

Sozialdemokratische Partei.

Der Reichstagskandidat für den Wahlkreis Magdeburg

Wilhelm Pfannkuch

spricht in

7 Volksversammlungen

über die

Reichstagswahlen und die politische Lage

und zwar

am **Dienstag, den 14. Juni 1898, abends 8 Uhr**

im Weissen Hirsch, Neue Neustadt

im Thalia-Saal, Buckau

im Dreikaiserbund, Magdeburg

am **Mittwoch, den 15. Juni 1898, abends 8 Uhr**

im Luisenpark, Wilhelmst.

in Friedrichslust, Leipz.Str.

in der Zerbster Bierhalle, Sdbg.

in der Krone, Alte Neustadt.

Die Referenten außer dem Reichstagskandidaten Wilhelm Pfannkuch werden in den Versammlungen bekannt gegeben.

Zu zahlreichem Besuche dieser Versammlungen werden die Parteigenossen und Genossinnen hiermit eingeladen. Anhängern anderer Parteien wird unbeschränkte Redezeit zugesichert.
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren
reelle Arbeit, empfindlich
C. Dittmar, Tischlermeister
Tischlerfrankstraße 26. 349

Am Sonntag, den 12. d. M., ist eine goldene Damenuhr mit Kette auf dem Wege Neustadt-Ottenbergstraße durch das Glacis bis zum Gartenlot Lützenpark verloren. Der eheliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung bei **Otto Möhring, Tischler, Ottenbergstr. 13, Hof II, abzugeben.**

Küchenzettel des Lehrertinnen- und Damenvereins, Breiteweg 82, 1 Fr.

Freitag: Nudelsuppe, Zwiebackpudding mit Weintraubensauce.

Mittwoch: Bratensuppe, Weißkohl mit Hammelfleisch.

Donnerstag: Hasenrahmsuppe, Schweinebraten, Kartoffeln, Salat.

Küchenzettel der Magdeburger Wirtinnen

Mr. Martitz, 2. und Schulstr. 61
Dienstag: Weiße Bohnensuppe mit Nudeln.

Mittwoch: Wirfingohl mit Rindfleisch.

Donnerstag: Erbsensuppe mit Rippenfleisch.

Standesamt.

Magdeburg, 10. Juni.

Aufgebote: Schiffbauer Adolf Vogel mit Henriette Wiener hier. Tischlermeister Julius Franz Horn hier mit Marie Helene Klara Schlich in Brandenburg. Schlosser Wilhelm Hermann Richard Krühne hier mit Anna Rosa Ahrens in Frohse. Schneider Ferd. Dietrich mit Anna Wille in Groß-Dittersleben. Tischler Theodor Friedrich Hermann Sechting mit Sophie Paulmann in Schwanebeck. Kaufmann Willy Harklin hier mit Hedwig Boye in Barb. Schlosser Paul Wende mit Sophie Gorges hier.

Geburten: Martha, T. des Arbeiters Christ. Gerde. Margarete, T. des Kutschers Wladislaus Martkewicz. Georg, S. des Herrntschers Emil Wolf. Wilhelm, S. des Bierverlegers Anton Majochy.

Todesfälle: Willy, S. des Kesslers August, 10 M. 16 T. Hedwig, T. des Schneiders August Großhennig, 3 M. 28 T. Karl Schmidt, Schlosser, 21 J. 6 M. 29 T. Martha, unehelich, 1 M. 23 T. Otto Fischer, Arbeiter, 58 J. 6 M. 23 T. Hermann Nießling, Arbeiter, 39 J. 11 M. 9 T. Karl Camt., Privatmann, 73 J. 10 M. 4 T.

Bom 11. Juni.

Aufgebote: Hausdiener Gust. Pflath hier mit Lina Voigt in Egel. Musiker Karl Möbus in Westeregeln mit Ida Winterfeldt in Barb. Postkass. Anton Schütz hier mit Emilie Beume in Barb.

Eheschließungen: Arbeiter Rob. Brückmann in Neustadt mit Martha Gillan hier. Tapezierer Max Ahrenberg mit Margareta Hoffmann hier. Zuschneider Karl Vogel mit Ida Straube hier. Buchbindermeister Felix Gucci mit Olga Dieb hier.

Geburten: Lucie, T. des Arbeiters Andreas Görlich. Arthur, S. des Bäckermeisters Paul Wörcht. Walter, S. des Landes. Wilhelm Schulze.

Todesfälle: Fritz Siebers, Chemiker, 44 J. 9 M. 6 T. Frida, T. des Briefwarters Otto Schöndube. Vertha, T. des

Gegründet 1870.

Fernsprecher No. 1730.

Fertige Garderoben

für Herren und Knaben

Bekannt
reell
und **billig.**

in
vorzüglicher und gediegener
Ausführung
und
allergrösster
Auswahl.

Julius Lange

Nur Breiteweg 147

Ecke Georgenplatz. 1429



Neuheit! Fein vernickelt und vergoldet.
Preis 1,25 Mark.

Achtung! Hierdurch wird auf das Versandgeschäft des Herrn Gust. Windhövel, Solingen, Kaiserstraße 30, aufmerksam gemacht. Es kommen nur beste Solinger Stahlwaren unter Garantie zum Versand. Muster. Preisblätter gratis u. franko.

Wilhelmine, geb. Schirm, Wwe. des herrsch. Arb. Emil Orzech. Franz, S. des Arb. Richard Schmidt. Elly, T. des Arbeiters Hermann Nabe. Gustav Oskar Karl, unehel. Todefälle: Erna Anna Hedwig, unehel., 9 M. 18 T. Adolf, S. des Arb. Ernst Fricke, 11 M. 23 T. Som 11. Juni. Geburten: Willy, S. des Arbeiters

Endenburg, 10. Juni. Geburten: Liesbeth, T. des Schmieds Ernst Fricke, 11 M. 23 T. Som 11. Juni. Geburten: Willy, S. des Arbeiters

Chefrau des Handelsmanns August Braumann, 39 J. 2 M. 24 T.

Buckau, 10. Juni.

Aufgebote: Schlosser Otto Karl Gust. Horn mit Sophie Anna Ida Blanke hier.

Eheschließungen: Schloss. Franz Eisefeld mit Auguste Bertha Emma Wille. Schmied Otto Robert Voigt mit Ida Karoline Marie Reichmann. Tischl. Franz Strankh mit Wwe. Schmide, Wilhelmine, geb. Frauendorf hier.

Geburten: Marie, T. des Schuym. Ferdinand Becker. Marie, T. des Arbeiters Karl Knist. Hellmuth, S. des Schneiders Karl Malcher. Margarete, T. des Schloss. Friedrich Kühnmann. Otto, S. des Arb. Franz Dlinzof. Elly, T. des Horners Friedrich Franke. Elly, T. des Schneidersmeisters Ferdinand Raed.

Todesfälle: Christiane Ahlborn, unversch., 62 J. 27 T.

Neustadt, 10. Juni.

Aufgebote: Telegraphenarb. Wilhelm Konrad Oskar Hoffmann mit Anna Emma Bertha Lummtisch.

Geburten: Willy, S. des Arb. Alb. Wolf. Alfred Martin Werner, unehelich. Martha, T. des Wirtenschmieds Robert Birks. Rudolf, S. des Arbeiters August Ganschow. Paul, S. des Wirtenschmieds Philbrunn. Karl, S. des Kesselschmieds Karl Ologer. Charlotte, T. des Eisenb. Betr.-Sekr. Julius Kricheldorf.

Todesfälle: Richard, S. des Tischl. August Knaul, 30 T. Liesbeth, T. des Schriftsetzers Karl Wunderling, 2 M. 5 T. Wwe. Blanke, Gfädelh., geb. Naumann, 70 T. 2 M. 29 T. Elly, T. des Kaufm. Wilhelm Wolf, 9 M. 28 T. Johann, S. des Zimmermanns Anton Naugat, 4 J. 1 M. 2 T.

Bom 11. Juni.

Eheschließungen: Metallbreh. Alwin Wagner mit Ida Strauß. Handelsmann Emil Lüpke mit Theresie Altenburg.

Geburten: Martha, T. des Berggärtners Otto Wegener. Anna, T. des Schmieds Joh. Holz. Elly, T. des Mann. Gustav Kärsten. Martha, T. des Arb. Franz Pradel. Gertrud, T. des Eisenbrehers Reich. Hallapp.

Todesfälle: Schneidermeister Fern. Krüdel, 37 J. 1 T. Gertrud, T. des Fabrikarbeiters August Heeg, 13 T.

Burg, 8. Juni.

Geburten: Sohn des Dachdeckers Paul Kärstner. Sohn des Schuhmachers Edmund Wiegand. Sohn, unehelich.

Todesfälle: Emil Ernst, S. des Schuhfabrikarbeiters Emil Hakerland, 12 T.

Bom 9. Juni.

Geburten: S. des Arbeiters Friedr. Wetthorn. T. des Fleischermeisters Karl Plegler.

Todesfälle: Eugen, S. des Arbeiters Gustav Merzen, 2 M. 22 T.

Bom 10. Juni.

Aufgebote: Schneider Fern. Franz Schröder mit Anna Margarete Marie Gahmann.

Geburten: Sohn des Holzlehrges. beannten Karl Hoyt, Sohn des Fleischermeisters Hermann Wolter. Sohn des Tischlers August Höber.

Todesfälle: Tochter des Kutschers Ludwig Schiebels. Sohn des Arbeiters August Schalla.

Heute liegt Der Reichstagswähler 47

Der Reichstagswähler
erscheint täglich als Beilage
der Volkstimme und stellt
ein Erscheinen nach Beendi-
gung der Reichstagswahl
(einschließlich Stichwahl)
wieder ein.

Mitarbeit erwünscht.

Der Reichstagswähler.

Der Reichstagswähler
bringt in übersichtlicher Form
bedeutendes Agitations-
material, das aufzubewahren
und zur Agitation zu ver-
wenden ist.
Gegnerische Flugblätter
sind einzufenden.

Publikationsorgan für die Reichstagswahlkreise: Magdeburg, Wanzleben, Wolmirstedt-Nienhaldensleben,
Osterburg-Stendal, Salzwedel-Gardelegen, Jerichow I u. II und Calbe-Mischerleben.

Reichstagswahl 16. Juni, vorm. 10 bis nachm. 6 Uhr.

Magdeburg, den 14. Juni 1898.

Reichstagswahl 16. Juni, vorm. 10 bis nachm. 6 Uhr.

Parteigenossen! Männer und Frauen des arbeitenden Volkes!

Der Tag der Reichstagsneuwahlen naht heran, nur noch eine kurze Spanne Zeit trennt uns von ihm. Allen anderen Parteien weit voraus, ist die Sozialdemokratie schon vor Wochen mit gewohnter Thätigkeit in den Wahlkampf eingetreten. Sie hat, wo es nur möglich war, eine ihrer Stärke und Bedeutung entsprechende ununterbrochene Agitation sowohl in Wählerversammlungen, als auch durch Verbreitung von aufklärenden Flugblättern betrieben. Auch unser Blatt darf wohl das Zeugnis in Anspruch nehmen, daß es sich die Wahlpropaganda für die Sozialdemokratie in umfassender Weise angelegen sein läßt.

Ohne Zweifel wird die so aufgewendete gewaltige Summe geistiger Arbeit von guter Wirkung sein. Aber damit ist bei weitem noch nicht alles gethan; sie genügt nicht, unserer Partei diejenige große Wahlerfolge zu sichern, die sie im Interesse des arbeitenden Volkes anstrebt. Versammlungsreden, Flugblätter und Zeitungsartikel allein verbürgen diese Erfolge nicht.

Die Erfahrung, die unsere Partei, besonders in der sozialistengesellschaftlichen Zeit, gemacht hat, lehrt, in welcher hohem Maße die Wahlerfolge abhängig sind von der **persönlichen Agitation**. Jeder Genosse, jede Genossin muß propa- gandistisch thätig sein, um die Masse der seither Gleichgültigen für unsere gute Sache zu gewinnen und sie am Wahltag mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel in der Hand an die Urne zu bringen. Von Haus zu Haus, von Wohnung zu Wohnung, von Familie zu Familie, muß die persönliche Agitation mit nie dagewesenem Nachdruck sich geltend machen. In der **Werkstatt**, auf dem **Bauplatz**, in den **Gastwirtschaften**, in den **Geschäftsläden** und den **Vorraus**, auf dem **Acker** und auf der **Landstraße**, — überall wo Wähler zu treffen sind, muß die agitatorische Thätigkeit der Genossen und Genossinnen sich bewähren. Das systematische Zueinandergreifen dieser Agitation ist durch die Prinzipien und Forderungen unserer Partei ganz von selbst gegeben. Bei uns kann selbstverständlich von irgend welchem Zwange auf die Wähler ebenso wenig die Rede sein, wie von Stimmenkauf oder Stimmenfang durch unlautere Mittel. Wir sind mit Recht stolz darauf, im Gegensatz zu anderen Parteien nur durch **freie Ueberredung**, durch **Aufklärung**, durch die **Erweckung besserer Ueberzeugung** auf die Wähler zu wirken. Aber dieses Mittel mit aller nur zu Gebote stehenden Kraft, Energie und Ausdauer anzuwenden, das, Genossen und Genossinnen, ist eine Pflicht, der wir unausgesetzt eingedenk sein und die wir beständig erfüllen müssen. Es macht in

der Regel so wenig Mühe, die Gleichgültigen zu ermuntern, die Unwissenden zu belehren. Die Sache keiner Partei ist bei gutem Willen so leicht und so erfolgreich zu vertreten, wie die der **Sozialdemokratie**, weil sie in Wahrheit die **Sache des ganzen arbeitenden Volkes** führt. Mag ein Wähler Lohnarbeiter, Handwerker, Bauer, Kaufmann oder Beamter sein, man kann ihm an einer Menge von Thatsachen nachweisen, daß die Sozialdemokratie die berechtigten Interessen jeder ehrlichen Arbeit vertritt und daß nichts so wichtig ist für das Volk, als den ihm feindlichen Mächten der Reaktion im Reichstage mit einer zuverlässigen und entschlossenen Schar sozialdemokratischer Abgeordneter gegenüberzutreten.

Jeder Parteigenosse und jede Genossin muß sich vornehmen, in den wenigen Tagen, die wir bis zur Wahl noch haben, **mindestens eine neue Stimme** für unsere Partei zu gewinnen. Auch müssen sie sorgen, daß unsere Wahlzettel schon vor dem Gange zur Urne möglichst unter diejenigen Leute gebracht werden, die aus irgend welchen Gründen Bedenken tragen, sie am Wahltag in Empfang zu nehmen. Wer von Euch es ohne erhebliche Schädigung oder Gefährdung seiner Existenz möglich machen kann, der mache den Wahltag zu einem **Feiertag**, um sich ganz in den Dienst der Partei zu stellen bezw. die Wahlkomitees nach Kräften in ihrer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe zu unterstützen.

Wenn Ihr alle, Genossen und Genossinnen, diesen Mahnungen entsprechend handelt, wird der 16. Juni wie ein **Gottesgericht** über unsere Gegner kommen! Durchbringt Euch mit dem Bewußtsein von der Macht, welche die Sozialdemokratie zu bilden berufen ist. Daß sie diese Macht werde, das liegt lediglich **bei Euch selbst**. Unsere Machtentfaltung zu verstärken zum Heil des Volkes, dazu bieten die Reichstagsneuwahlen eine außerordentlich günstige Gelegenheit. Was Ihr bei dieser Gelegenheit verfehlt, das kann so leicht nicht wieder gut gemacht werden. **Verrat an der Partei** würde jeder von Euch üben, der sich im Wahlkampfe **lässig erweisen** sollte in der Erfüllung seiner Pflicht!

Die Gegner wissen, um ihre Anhänger zu ermuntern, auf die so oft bewährte Wahlagitation und Organisation der Sozialdemokratie, als der Nachahmung wert, hin. Genossen und Genossinnen, zeigen wir ihnen, daß wir darin und damit noch **weit mehr** zu leisten vermögen als **seither** und sorgen wir dafür, daß die nachstehenden Kandidaten der Sozialdemokratie als **Sieger** aus der Wahlurne hervorgehen:

- Wahlkreis Magdeburg: Tischler Wilhelm Pfannkuch, Berlin.**
Wahlkreis Calbe-Mischerleben: Schriftsteller Albert Schmidt, Magdeburg.
Wahlkreis Wanzleben: Tischlermeister Ferdinand Gerlach, Halberstadt.
Wahlkreis Nienhaldensleben-Wolmirstedt: Uhrmacher Otto Näther, Berlin.
Wahlkreis Jerichow: Expedient Theodor Glocke, Berlin.
Wahlkreis Osterburg-Stendal: Stadtverordneter Hugo Gärtner, Magdeburg.
Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen: Maurer Karl Schoch, Magdeburg.

Die Seelenverwandtschaft der Antisemiten mit den konservativen Agrariern.

Ihren erreaktionären Charakter, ihre innigste Seelenverwandtschaft mit den konservativen Agrariern beweisen die Antisemiten durch ihre Forderung landwirtschaftlicher Schutzzölle. Es wird verlangt „Schutz der Landwirtschaft gegen ausländische Konkurrenz“ und „schleunige Maßnahmen zur Erzielung stetiger Getreidepreise“.

Unter dem „Schutz der Landwirtschaft“ werden natürlich **hohe Schutzzölle** verstanden. Durch hohe Getreidezölle aber wird dem arbeitenden Volke das Brot verteuert. Allein an Getreidezöllen hat die aus 5 Köpfen bestehende Familie des Arbeiters oder Handwerkers bei unserem jetzigen Getreidezoll von 3.50 Mark pro Doppelcentner jährlich nicht weniger als **30 Mark 40 Pfennig** zu blechen!

Die Agrarier freilich brachten die fade Phrase auf, daß das Ausland den Zoll trage, und Fürst Bismarck wagte im Jahre 1879 im Reichstag die Behauptung aufzustellen, daß Kornpreise und Brotpreise in keinem nachweisbaren Zusammenhange ständen, so daß teures Getreide noch keineswegs auch hohe Brotpreise bedinge. Diese abgeschmackte Behauptung aber ist unter anderem auch durch die amtliche Statistik der Stadt Berlin bewiesen worden, die seit 1886 allmonatlich aufgenommen worden ist. Diese Statistik bewies, daß stets die Brotpreise dem Stand der Getreidepreise entsprachen, daß also Kornwucher gleichbedeutend mit Brotwucher ist. Daß also durch die Getreidezölle das Getreide um die Höhe des Zolles verteuert wird, wird höchstens hier und da von einem Agrarier geäußert, selbst der darum auch von den Agrariern nicht wenig geachtete Reichstagsler Graf Caprivi erklärte im Jahre 1891, daß man in Deutschland den Weltmarktpreis plus Zoll zahle.

Nun wird von den Antisemiten behauptet, diese außer-

ordentliche Belastung des kleinen Mannes, wie sie die Getreidezölle darstelle, sei notwendig, um den Bauerstand existenzfähig zu erhalten. Das ist aber plumpe Berge- waltungung der Thatsachen, denn der größte Teil der deutschen Landwirte hat aus dem einfachen Grund kein Interesse an den Getreidezöllen, weil er nicht in der Lage ist, überhaupt für seine Wirtschaft entbehrliches Getreide verkaufen zu können! Das hat auch Reichstagsler Fürst Hohenlohe zugegeben, als er am 29. März 1895 bei der Beratung des ersten Antrages Ranz vorrechnete, daß von 19 Millionen landwirtschaftlicher Bevölkerung mindestens **15 Millionen** keinen Vorteil aus den Getreidezöllen zu ziehen vermöchten. Der Reichstagsler führte damals aus (er selbst ist ja auch, wie die Herren Agrarier, Landwirt und Sachverständiger, auch wird er wohl erst genauere Erkundigungen bei Sachverständigen eingezogen haben) daß die Betriebe bis zu 12 Hektar (24 Tonnen) kein Getreide zu verkaufen hätten. Bei besonders gutem Boden sei vielleicht der Besitzer von 6 Hektar (12 Tonnen) im stande, seinen eigenen Bedarf an Getreide zu decken.

Wie steht es denn nun aber mit der Besitzverteilung in der Landwirtschaft? Da giebt es in Preußen allein **25** hochadlige Herren, welche eine Bodenschicht von **400 Quadratkilometern** ihr Eigen nennen, ein Bodeneckal, das noch um 60 Quadratkilometern größer ist, als die gesamte Provinz Schleswig-Holstein!

Ferner nennen im Deutschen Reiche 25 000 Großgrundbesitzer den vierten Teil des ganzen deutschen Grund und Bodens ihr Eigen! Weitere 280 000 bäuerliche Grundbesitzer besitzen ein Drittel des gesamten deutschen Grund und Bodens, also 305 000 Großgrundbesitzer und Großbauern **mehr als die Hälfte** (54 Prozent) des deutschen Bodens! Die übrigen **5 1/2 Millionen** Bauern müssen sich in den Rest von 46 Prozent teilen!

Wie teilen sich nun aber diese 5 1/2 Millionen Bauern in den Grund und Boden? Ist die Verteilung hier wenig-

stens eine einigermaßen gleichmäßige? Keineswegs! Man präge sich folgende Zahlen ein: Ungefähr eine Million Bauern besitzen Güter von mehr als 5 Hektar (10 Tonnen) Umfang. Das **Besitztum von 4 Millionen und 200 000 Bauern ist kleiner als 5 Hektar** (10 Tonnen). Und zwar besitzen von diesen 4 200 000 Bauern nur 1 Million, also weniger als der vierte Teil, Stellen im Umfang von 2-5 Hektar (4-10 Tonnen), während nur 700 000 einen Besitz von 1-2 Hektar (2-4 Tonnen) und 2 500 000 eine Parzelle bis zu höchstens 1 Hektar (2 Tonnen) ihr Eigen nennen!

Also mindestens drei Viertel aller Landwirte haben keinen Vorteil von den Getreidezöllen! Dagegen haben natürlich diejenigen Gutsbesitzer einen um so größeren Vorteil, je größer ihr Besitz und je größer infolgedessen die Menge des von ihnen verkauften Getreides ist. **Der Gutsbesitzer, der Hunderte und Tausende von Tonnen an Getreide verkauft, heimst natürlich Tausende und Zehntausende dafür ein.** Durch diesen Vorteil aber, den diese wenigen großen Besitzer auf Kosten der städtischen Bevölkerung und auch auf Kosten der kleinen ländlichen Besitzer und Tagelöhner einheimen, erringen die Großen immer mehr die Uebermacht über die Kleinen. Die Antisemiten beteuern zwar, daß ihnen das Wohl der Bauern und nicht der großen Guts- und Rittergutsbesitzer am Herzen liege — aber verschafft sie nicht gerade durch die Getreidezölle den Getreide verkaufenden, in Masse verkaufenden, großen Besitzern die Uebermacht, die dann die kleinen Landwirte um so schwerer zu fühlen bekommen? Oder giebt es nicht, wie unsere obigen Zahlen beweisen haben, Millionen von Kleinbauern, die noch Getreide hinzukaufen müssen?!

Durch die Getreidezölle wird den Interessen der weit überwiegenden Mehrheit der Landbevölkerung nicht nur nicht gedient, dieselbe wird im Gegenteil dadurch aufs schwerste geschädigt. Denn Millionen von kleinen bäuerlichen Parzellenbesitzern sind durch ihre **Wirtschaft, ihre Gartenwirtschaft,**

